

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/12688 –**

Lehren aus der Atomkatastrophe in Fukushima ziehen

A. Problem

Nach einer Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz vom April 2012 ist der bisher vorgesehene Katastrophenschutz im Falle eines schweren Atomunfalls nicht ausreichend.

Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- Konsequenzen aus der Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz vom April 2012 bezüglich des Katastrophenschutzes im Falle eines schweren Atomunfalls zu ziehen und in Zusammenarbeit mit den Bundesländern den Katastrophenschutz im Falle eines Atomunfalls kurzfristig zu verbessern,
- die Ergebnisse des europäischen Stresstests kritisch zu prüfen und ggf. verschärfte Sicherheitsanforderungen für deutsche Kernkraftwerke anzuordnen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/12688 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2013

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Eva Bulling-Schröter
Vorsitzende

Dr. Georg Nüßlein
Berichterstatter

Marco Bülow
Berichterstatter

Angelika Brunkhorst
Berichterstatterin

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Sylvia Kotting-Uhl
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Georg Nüßlein, Marco Bülow, Angelika Brunkhorst, Ralph Lenkert und Sylvia Kotting-Uhl

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/12688** wurde in der 229. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. März 2013 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach einer Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz vom April 2012 ist der bisher vorgesehene Katastrophenschutz im Falle eines schweren Atomunfalls nicht ausreichend.

Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- Konsequenzen aus der Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz vom April 2012 bezüglich des Katastrophenschutzes im Falle eines schweren Atomunfalls zu ziehen und in Zusammenarbeit mit den Bundesländern den Katastrophenschutz im Falle eines Atomunfalls kurzfristig zu verbessern,
- die Ergebnisse des europäischen Stresstests kritisch zu prüfen und ggf. verschärfte Sicherheitsanforderungen für deutsche Kernkraftwerke anzuordnen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner Sitzung am 26. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimm-

enthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/12688 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 26. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/12688 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner Sitzung am 26. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/12688 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner Sitzung am 26. Juni 2013 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/12688 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 17/12688 in seiner 104. Sitzung am 26. Juni 2013 ohne Debatte behandelt.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/12688 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2013

Dr. Georg Nüßlein
Berichtersteller

Marco Bülow
Berichtersteller

Angelika Brunkhorst
Berichterstellerin

Ralph Lenkert
Berichtersteller

Sylvia Kotting-Uhl
Berichterstellerin

